

Interfraktioneller Antrag	Drucksache Nr. A/16/1476-01	Termin 15.02.2016	Rat der Stadt		
<u>Antragsvorlage</u>			öffentlich		
Termin	Gremium		Vorlage zur*	Ergebnis	Beschlusskontrolle*
11.02.2016	Umweltausschuss		V		
15.02.2016	Rat der Stadt		B		

Beratungsgegenstand

Interfraktioneller Antrag gem. § 4 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Oberhausen:

Keine Beteiligung der STEAG an ostdeutschen Braunkohle-Aktivitäten

Beschlussvorschlag

1. Der Rat der Stadt Oberhausen lehnt eine Übernahme der ostdeutschen Braunkohle-Aktivitäten von Vattenfall, eine finanzielle Beteiligung daran oder die Übernahme der Betriebsführung durch die STEAG entschieden ab.
2. Die Vertreter der Stadt Oberhausen bzw. der EVO in den Gremien der KSBG sowie der STEAG werden aufgefordert, gegen eine entsprechende Beteiligung zu stimmen bzw. sich - sofern keine Beschlussfassung ansteht – entsprechend einzusetzen.

Vorsitzender SPD-Fraktion	Vorsitzende CDU-Fraktion	Sprecherin Fraktion DIE GRÜNEN	
W. Große Brömer	S.-T. Stehr	R. Wittmann	
Datum 09.02.2016	Datum 10.02.2016	Datum 09.02.2016	
Vorsitzender Fraktion Linke.Liste	Vorsitzender BOB-Fraktion	Vorsitzender FDP im Rat	Vorsitzende Bürgerliste Oberhausen
Y. Karacelik	W. Nowak	H.-O. Runkler	A.-C. Walther
Datum 09.02.2016	Datum 09.02.2016	Datum 09.02.2016	Datum 09.02.2016

Interfraktioneller Antrag	Drucksache Nr. A/16/1476-01	Termin 15.02.2016	Rat der Stadt
--------------------------------------	--	------------------------------	----------------------

1 **Begründung**

2

3 Bei dem Erwerb der STEAG durch verschiedene Stadtwerke war eines der erklärten Ziele der
4 ökologische Umbau des Konzerns, soweit die Stromerzeugung in Deutschland betroffen ist. Die auf der
5 Klimakonferenz COP21 beschlossenen Maßnahmen bestätigen uns darin und verpflichten uns.

6 Eine Übernahme von Braunkohle-Tagebauen und Braunkohle-Kraftwerken, eine finanzielle Beteiligung
7 daran oder die Übernahme der Betriebsführung sind mit diesem Ziel unvereinbar.

8

9 Mindestens ebenso wichtig ist jedoch der Umstand, dass gerade die konventionelle Energieerzeugung,
10 insbesondere die Kohleverstromung, mit erheblichen wirtschaftlichen und nach heutigen Erkenntnissen
11 auch gesundheitlichen Risiken verbunden ist. Diese Risiken lassen sich, dies hat die jüngere
12 Vergangenheit deutlich gezeigt, kaum verlässlich abschätzen.

13 Diese Risiken haben nicht zuletzt auch zur schlechten wirtschaftlichen Entwicklung bei den großen
14 Energiekonzernen geführt und damit auch zu erheblichen Dividendeneinbußen der Stadt Oberhausen
15 aus den RWE-Aktien. Wir wollen nicht, dass die STEAG zu einer "Bad Bank" für klimaschädliche
16 veraltete Technologien wird. Es ist nicht Aufgabe von Stadtwerken aus dem Ruhrgebiet, die
17 Abwicklung der ostdeutschen Braunkohle zu organisieren.

18

19 Stattdessen muss die STEAG konsequent auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien ausgerichtet
20 werden. Wir sollten aus der Krise von RWE und E.ON lernen, die nicht rechtzeitig die Weichen in
21 Richtung Energiewende gestellt haben.